

V-41 Demokratie beleben: Internet befreien, Souveränität schaffen, Medien stärken

Antragsteller*in: Alexandra Geese (KV Bonn)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Die Tech-Oligarchen haben eine unheilige Allianz mit der Trump-Regierung geschmiedet. Ihr Ziel ist es, nicht nur die USA zu einem autoritären Staat umzugestalten, sondern auch in Europa demokratische Parteien durch rechtsextreme, Trump-freundliche Kräfte zu ersetzen. Besonders bedrohlich wird dieser Plan, weil Trumps und Putins Ziele hier übereinstimmen und die Tech-Unternehmen über soziale Netzwerke die öffentliche Meinung in Europa stark beeinflussen. Gleichzeitig ist Europa im digitalen Bereich von den USA abhängig: 80 % unserer digitalen Dienste stammen von US-Firmen, die den Anweisungen ihrer Regierung folgen müssen. Diese Abhängigkeit gefährdet sowohl unsere Demokratie als auch unsere Wirtschaft. Jetzt muss Europa diese Gefahr in eine Chance verwandeln und eine digitale Welt aufbauen, die im Dienst einer demokratischen Gesellschaft steht. Dafür fordern wir folgende Maßnahmen:

1. Algorithmen umgestalten – Nutzer*innen entscheiden, was sie sehen! Das von Google, Meta, X und TikTok dominierte Internet steuert die öffentliche Meinung im Interesse einiger Tech-Milliardäre sowie der chinesischen und US-Regierungen. Tech-Oligarchen wie Elon Musk und Mark Zuckerberg entscheiden mit ihren Algorithmen, wessen Meinung Millionen von Menschen angezeigt und wessen Meinung unsichtbar gemacht wird. Dabei gilt: Je wütender, desto besser. Empörender Content wie Hass und Desinformation wird bevorzugt, während die Sichtbarkeit von progressiven Parteien und seriösen Medien unterdrückt wird. Eine Studie von Global Witness während des Bundestagswahlkampfs zeigte, dass neu registrierte TikTok-Nutzer*innen, die gleichmäßig Accounts von AfD, CDU, SPD und Grünen folgten, zu 78 % AfD-Content in ihrer Timeline erhielten; bei X lag der Anteil bei 64 %. Elon Musk, Marc Zuckerberg und Co. zwingen ihnen solche Inhalte auf. Diese Meinungsdictatur muss beendet werden! Menschen sollen im Internet das sehen, was sie bewusst selbst auswählen. Algorithmen, die Desinformation, Hass und Gewalt höhere Reichweite verschaffen als jenen journalistisch arbeitenden Medien, sind mit unserer Demokratie nicht vereinbar. Dank des europäischen Digital Services Act kann die Europäische Kommission bei systemischem Risiko für den öffentlichen Diskurs und Wahlen, sowie für die Medien- und Meinungsfreiheit Änderungen der Algorithmen durchsetzen. Das muss sie jetzt tun.
2. Unabhängige soziale Netzwerke
Aktuell entstehen neue Modelle unabhängiger, offener sozialer Netzwerke, die auf ein Geschäftsmodell ohne Datenprofile, problematische Algorithmen und Kontrolle durch Milliardäre setzen. Ob Fediverse oder AT-Protokoll: Wir wollen gute Rahmenbedingungen für solche Plattformen schaffen, die

39 Europäer*innen Raum für einen freien, demokratischen Austausch bieten und
40 Medien Sichtbarkeit verschaffen.

41 3. Freie Bahn für Innovation

42 Der Digital Markets Act verhindert, dass Gatekeeper ihre Datenmacht gegen
43 andere Unternehmen einsetzen. Er ist ein wichtiges Instrument, um fairen
44 Wettbewerb wiederherzustellen. Doch die Europäische Kommission wendet ihn
45 nur punktuell an. Wir fordern eine konsequente Durchsetzung und den Schutz
46 aller Unternehmen vor den Monopolpraktiken der Gatekeeper. Innovation
47 entsteht durch Freiheit, nicht wenn Monopole sie im Keim ersticken.

48 4. Google zerschlagen – Ende des Monopols im Online-Werbemarkt

49 Der globale Online-Werbemarkt wird zu großen Teilen von Google
50 kontrolliert. Google hat ein Monopol auf Angebot- und Nachfrageseite
51 aufgebaut, das Verlegern, Werbetreibenden und insbesondere Bürger*innen
52 sowie der Demokratie schadet. Dieses System führt zur chronischen
53 Unterfinanzierung der Medien, weil traditionelle Werbeeinnahmen zunehmend
54 an Google fließen und immer weniger Erträge bei den Verlegern bleiben. Die
55 EU-Kommission hat bereits ein Verfahren eingeleitet. Dieses Verfahren muss
56 mit strukturellen Maßnahmen, d.h. mit dem Verkauf von Unternehmensteilen
57 enden. Langfristig braucht Europa Werbesysteme, die dafür sorgen, dass
58 Einnahmen an diejenigen gehen, die die Inhalte produzieren, anstatt an
59 Konzerne, die Daten sammeln.

60 5. Medien stärken

61 Die größte Gefahr für die Medienfreiheit in Europa ist die
62 Unterfinanzierung. Google bedroht die finanzielle Unabhängigkeit von
63 Medien zusätzlich durch KI-Tools wie AI Mode und AI Overview, die zu einem
64 dramatischen Rückgang der Besucherzahlen der Seiten von Qualitätsmedien im
65 Internet führen. Ohne wirksamen Urheberrechtsschutz und Plattformen, die
66 Qualität belohnen und faire Geschäftsmodelle bieten, wird es in wenigen
67 Jahren kaum noch unabhängige Medien geben, die nach journalistischen
68 Standards arbeiten. Wir schützen das freie Web und das Urheberrecht, damit
69 Medien angemessene Einnahmen erzielen können.

70 6. Offene Web-Dateninfrastruktur

71 Für digitale Souveränität und Informationsfreiheit ist eine offene
72 europäische Web-Dateninfrastruktur unverzichtbar – ein Katalog aller im
73 Internet verfügbaren Informationen und Dokumente. Sie bildet die Basis für
74 vielfältige, souveräne Digitalinnovationen, etwa Suchmaschinen und
75 KI-Anwendungen. Europa muss jetzt die Weichen stellen, um den Aufbau und
76 Betrieb einer solchen Infrastruktur im Einklang mit europäischen Werten
77 und Regeln zu ermöglichen. Unsere digitale Zukunft darf nicht in den
78 Händen einzelner Konzerne liegen, sondern muss allen zugänglich sein.
79 Derzeit ist der Zugang zu Wissen bereits durch intransparente KI-Chatbots
80 und Angriffe auf Forschungseinrichtungen gefährdet.

81 7. Digitale Souveränität

82 Europa muss digital erwachsen werden. Wir benötigen eine eigenständige
83 digitale Infrastruktur: Chips, Supercomputer, Rechenzentren und
84 datenschutzfreundliche KI-Anwendungen. Europa verfügt über Talent,
85 exzellente Universitäten und starke Unternehmen. Jetzt gilt es,

86 politischen Willen zu zeigen und sowohl private als auch öffentliche
87 Finanzierung sicherzustellen. Ein erster wichtiger Schritt ist die Reform
88 der Vergaberichtlinie, damit mit öffentlichen Mitteln europäische Firmen
89 gestärkt werden, die unsere Gesetze einhalten und Wertschöpfung vor Ort
90 schaffen. So bauen wir Kompetenz und Kapazitäten auf, reduzieren
91 Abhängigkeiten, stärken die heimische Wirtschaft und schützen die Daten
92 der Bürger*innen vor Missbrauch. Dazu unterstützen wir den Eurostack.

93 8. Eine europäische Cloud-und AI-Infrastruktur

94 Im kommenden europäischen Cloud-and-AI-Development-Act muss eine klare
95 Definition von Souveränität für den Cloud-Sektor festgelegt werden.
96 Souveränität über Daten in der Cloud bedeutet unter anderem, dass keine
97 ausländische Regierung Zugriff hat, europäische Unternehmen profitieren,
98 Kompetenz in Europa aufgebaut wird und die Beschaffung diversifiziert ist.
99 „Souveränitäts-Washing“ durch komplexe Vertragskonstrukte, die uns noch
100 tiefer in die Abhängigkeit treiben, muss durch eindeutige Definitionen
101 ausgeschlossen werden. Sensible Daten wie beispielsweise Gesundheits- oder
102 Verteidigungsinformationen müssen von europäischen Unternehmen gespeichert
103 und verarbeitet werden, um höchste Sicherheits- und Datenschutzstandards
104 zu gewährleisten.

105 9. Schluss mit der steuerlichen Benachteiligung europäischer Unternehmen

106 Es kann nicht sein, dass lokale Buchhändler mehr Steuern zahlen als
107 Amazon. Heute zahlen US-Tech-Giganten weniger als die Hälfte der Steuern,
108 die europäische Unternehmen entrichten. Wer in Europa Gewinne
109 erwirtschaftet, muss gleich behandelt werden. Sollte die USA die im Rahmen
110 der OECD erzielte Regelung weiterhin nicht ratifizieren, muss Europa
111 selbst entschieden vorangehen.

112 10. Internationales Bündnis für eine freie digitale Welt

113 Europa muss jetzt eine Führungsrolle übernehmen und eine Koalition mit
114 Brasilien, Kanada, Taiwan, Südkorea, Australien, Indien, Mexiko und vielen
115 weiteren Ländern bilden, um gemeinsam gute Regeln für den digitalen Raum
116 durchzusetzen und eine von monopolistischen Unternehmen unabhängige
117 Tech-Landschaft aufzubauen. Offene Standards, Open-Source-Software, eine
118 leistungsfähige Chip-Industrie, demokratische KI im Dienst der Menschen
119 und nicht der Oligarchen sowie Schutz vor ausländischer Einflussnahme und
120 illegalen Aktivitäten – all das lässt sich erreichen, wenn demokratische
121 Staaten solidarisch zusammenarbeiten und sich nicht von Trumps Erpressung
122 einschüchtern lassen. Ein Zusammenschluss von Ländern mit offenen
123 digitalen Systemen und klarer Regulierung kann Demokratie und Freiheit
124 gegen die globalen Herrschaftsansprüche amerikanischer und chinesischer
125 Techno-Autokratien verteidigen.

weitere Antragsteller*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Jörn Pohl (KV Kiel); Thomas Schäfer (KV München); Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf); Misbah Khan (KV Bad Dürkheim); Kilian Ochs (KV Potsdam); Lennart Quiring (KV Verden); Michaela Böll (KV Mannheim); Matthias Möhring (KV Bremen-Ost); Michael Lüthmann (KV Göttingen); Anna Lüthmann

(KV Main-Taunus); David Mohr (KV Bremen Links der Weser (LdW); Johannes Demel (KV Kassel-Stadt); Julia Höller (KV Bonn); Rebecca Lenhard (KV Nürnberg-Stadt); Simon Fenske (KV Bremen-Mitte); Kai Bojens (KV Stade); sowie 50 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.